„Wohlfahrtsstaat" — aber für wen?

Eine Antwort an Herrn v. Papen und den Reichstagspräsidenten Paul Löbe, von dem die Volkszeitung gestern einen Artikel „Der moralische Wohlfahrtsstaat" veröffentlicht.

Deutschland ist ein „Wohlfahrtsstaat". Das haben wir nun durch die Regierungserklärung des Kabinetts v. Papen erfahren. Wenn vordem die schwärzesten Reaktionäre aus dem Lager der deutschen Arbeiterklasse sich erkühnten, so etwas zu behaupten, so wußte ein jeder: dies ist nur eine von den schamlosen **Agitationslügen eines skrupellosen Unternehmertums.** Aber wenn jetzt die Reichsregierung dieselben Worte gebraucht, noch dazu mit dem infamierenden Zusatz, daß dadurch das Volk demoralisiert worden sei, so ist das etwas anderes. Das hat jetzt eine programmatische Bedeutung, und dies Programm heißt: **Beseitigung der letzten Reste von Sozialpolitik,** die nach den ungeheuerlichen Notverordnungen Brünings noch übrig geblieben sind.

Eine **Kriegserklärung** an das gesamte werktätige **Volk** war der Satz vom „Wohlfahrtsstaat" in der Erklärung der Regierung v. Papen. So wurde er auch von der gesamten Arbeiterklasse, fast unterschiedslos, aufgefaßt, und ein Millionenschrei der Empörung der Massen war die Antwort.

Jetzt gibt aber der Sozialdemokrat **Paul Löbe,** Präsident des verflossenen Reichstages, eine andere Antwort auf den Angriff des Papen-Kabinetts. Ja, wir haben einen Wohlfahrtsstaat, sagt Herr Paul Löbe mit stolzgeblähter Brust, und führt wahrhaft erstaunliche „Beweise" an. Nämlich so:

Vor dem Kriege, im alten Staat, habe man Mietskasernen für die Arbeiter gebaut, nach dem Kriege, im neuen Staat, im „Wohlfahrtsstaat" aber moderne, wunderschöne Siedlungshäuser. Herr Löbe ist schon solange aus der Arbeiterklasse heraus und in das Milieu bürgerlicher Wohlhäbigkeit geraten, daß er nicht mehr weiß, wie die Arbeitermassen wohnen. Bildet er sich ein, **daß die Wohnungen in den neuen Siedlungshäusern von den** Hungerlöhnen der Arbeiter oder gar den Bettelpfennigen der Arbeitslosen bezahlt werden können? Der „Wohlfahrtsstaat" besteht darin, **daß aus den Steuergroschen der Massen Wohnungen gebaut wurden nicht für die Arbeitermassen,** sondern für die bestgestellten Schichten des **Kleinbürgertums. Wohlfahrt für andere!**

Herr Löbe sieht den modernen „Wohlfahrtsstaat" repräsentiert durch die Sportplätze und Volkstheater. Gewiß, Sportplätze wurden geschaffen mit staatlichen Mitteln, aber **nicht für die proletarischen Sportvereine,** sondern für den bürgerlichen, nationalistischen Sport, für die Klassenpolitik der Bourgeoisie. Vielleicht überlegt sich der hochvermögende Herr Reichstagspräsident einmal, wie die Arbeiter mit ihren Löhnen zwischen 20 und 30 Mark und die Arbeitslosen mit ihren Stempelpfennigen die „Volkstheater" besuchen sollen, die Konzertsäle, die Kunstausstellungen? Aber Herr Löbe macht noch ein besonders starkes Argument für seinen „Wohlfahrtsstaat" geltend. Es sei doch die **Invalidenversicherung** gegenüber der Vorkriegszeit erhöht, die Wöchnerinnenfürsorge eingeführt, die staatliche Arbeitslosenunterstützung geschaffen worden. Herr Löbe vergißt, daß die Dinge geboren wurden aus der Tatsache, daß im November 1918 die deutsche Arbeiterschaft **die Waffen besaß,** daß diese „Wohlfahrtseinrichtungen" vom kapitalistischen Staat gewährt wurden als eine Lebensversicherung der Kapitalistenklasse gegen die drohende Revolution! Und Herr Löbe vergißt, daß seit 1918 ununterbrochen mit Hilfe der Sozialdemokratie alle diese Einrichtungen bis auf klägliche Reste **abgebaut** worden sind!

Die Erklärung der Regierung gegen den „Wohlfahrtsstaat" war ein Schlag ins Gesicht für das ganze arbeitende Volk. Aber die heuchlerische „Antwort" des Herrn Löbe ist eine **Verhöhnung für die deutsche Arbeiterklasse.**

Die **Antwort,** die das deutsche Proletariat an Herrn v. Papen und an Herrn Paul Löbe zu geben hat, lautet so:

Wir vom Arbeitervolk erhalten **mit unserer Hände Arbeit** die ganze Schmarotzerklasse der Bourgeoisie samt ihrem Staat. Uns werden all die Milliarden abgepreßt durch Steuerraub, Zollwucher und Raub an unseren Löhnen, welche in die Kasse des deutschen Kapitalismus fließen und seinen Staat finanzieren! Auf unsere Kosten sind regelmäßig jährlich an das Agrarkapital 1½ Milliarden Liebesgaben (nach der Berechnung des Zentrum-Professors Dessauer) gegeben worden. Aus unseren Steuergeldern wurden Hunderte von Millionen für die Sanierung der bankrotten ostelbischen Junker ausgegeben. Zu unseren Lasten gehen die 1½ Milliarden, die für die Stützung der verfrachteten Banken ausgeworfen wurden. Aus unserer Tasche sind die 86 Millionen Subventionen für Hapag und Lloyd, die 30 Millionen für die Hermes-Exportkreditgesellschaft usw. geflossen. Tatsache ist doch, daß heute die gesamte deutsche Kapitalistenklasse, angefangen mit den Riesenunternehmungen wie IG-Farben und Stahltrust bis herunter zu den kleinen Ausbeutern, aus der Futterkrippe des Staates lebt, d. h. aus unseren Steuergeldern. „Wohlfahrtsstaat"? — Ja, **aber Wohlfahrtsstaat der Reichen auf Kosten der Armen!** Wohlfahrtsstaat der Schmarotzer auf Kosten der Arbeitenden! Wohlfahrtsstaat der Ausbeuter auf Kosten der Ausgebeuteten! **Das ist das Deutschland von heute!** Aber das meint die Regierung v. Papen natürlich nicht. Sondern sie will an den Bettelpfennigen der Arbeitslosen neue Kürzungen vornehmen, die Hungerrenten der Invaliden erneut um 20 Prozent abbauen, die Ausgaben des Sozialetats, so jämmerlich gering sie schon waren, noch mehr zusammenstreichen. Das ist der Sinn ihrer Kriegserklärung an das arbeitende Volk.

Wohlfahrtsstaat für das arbeitende Volk — das wird einmal sein, wenn die Arbeiterklasse die Parasiten vernichtet, die Ausbeuter vertrieben und selbst die Macht über Wirtschaft und Staat in die Hand genommen hat! Wohlfahrtsstaat für das arbeitende Volk — das ist heute schon Sowjetrußland, und wird es mehr und mehr mit jedem Tag. Wohlfahrtsstaat für das Arbeitervolk — das wird erst sein im freien sozialistischen Deutschland!

Auf die Kriegserklärung des Kabinetts v. Papen und seiner nationalsozialistischen Stützen nur mit einem Protest zu antworten, das ist nicht genug. Mehr ist notwendig! Gegen den neuen faschistischen Anschlag auf die deutsche Arbeiterklasse muß das Arbeitervolk antworten mit der Aktion! Die Antifaschistische Aktion geht wie eine breite, tiefe Welle durch das ganze Reich. Neben den kommunistischen Arbeitern treten in die Reihen der antifaschistischen Einheitsfront die parteilosen, die sozialdemokratischen Arbeiter, welche erkannt haben, daß heute gekämpft werden muß. Antifaschistische Aktion in den Betrieben und Stempelstellen! Antifaschistische Aktion in den Gewerkschaftsverbänden und allen anderen proletarischen Massenorganisationen! **Die Aktion der antifaschistischen Front soll Herrn v. Papen und seinen nationalsozialistischen Stützen die Antwort des deutschen Proletariats bringen!**

Papendiktatur über Rundfunk

Der monarchistische Freiherr von Gayl, zur Zeit Reichsinnenminister, hat einen Erlaß herausgegeben, wonach die Reichsregierung „nach Bedarf" jeden Tag eine halbe Stunde den Rundfunk beschlagnahmt. Die Verkündigungen der Reichsregierung müssen von allen deutschen Sendern übernommen werden.

Die Regierung der Junker, Trustherren und Generale notverordnet:

Hunger für Beschäftigte und Erwerbslose!

Beschäftigtensteuer und Beamtenabgabe . Umsatzsteuerverschärfung für den kleinen Mittelstand . Salzsteuer, Unterstützungs- und Rentenabbau

Berlin, 14. Juni (Eig. Melb.)

Die Regierung Papen-Schleicher-Gayl wird heute ihre neuen Notverordnungen dem Reichspräsidenten von Hindenburg zur Unterzeichnung vorlegen und sie im Laufe des Nachmittags der Oeffentlichkeit übergeben. Bei diesen Notverordnungen handelt es sich um drei Hauptfragen in denen der schlimmste reaktionäre Kurs dieser Regierung der ostelbischen Nazibarone, Trustherren und Generale zum Ausdruck kommt.

Eine Notverordnung beschäftigt sich mit den ungeheuerlichen Abbau- und Steuermaßnahmen. Die zweite mit der Aufhebung des SA- und SS-Verbots, der Wiedereinführung des Uniformtragens und neuen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Die dritte mit der Aenderung der Pressenotverordnung, die in ihren jetzigen Bestimmungen eine noch schärfere Bedrohung der revolutionären Presse darstellt.

Die Notverordnung über die neuen Abbau- und Steuermaßnahmen wird folgenden Inhalt haben:

1. **Einen Zuschlag zur Einkommensteuer aller Beschäftigten, von 1½ bis zu 4 Prozent, stufenweise ansteigend.**
2. **Eine einheitliche Steuer von 1½ Prozent ihres Einkommens für alle Beamte.**
3. **Die Aufhebung der Freigrenze für Umsatzsteuer bis zu 5000 Mark, die nur den kleinen Geschäftsleuten zugute gekommen war.**
4. **Einführung einer Salzsteuer von 6 Pfennig für das Pfund Salz.**
5. **Senkung der Erwerbslosenunterstützung, der Krisenunterstützung und der Wohlfahrtsunterstützung. Die Wohlfahrtsunterstützung soll von 30 Mark auf durchschnittlich 12,50 Mark im Monat gesenkt werden.**
6. **Senkung der Kriegsopfer-, Unfall- und Sozialrenten um 20 Prozent.**

Die Verlängerung und eventuelle Erhöhung der Bürgersteuer soll nach den neuen Plänen nicht vom Reich, sondern von den Ländern aus erfolgen.

In der Arbeitslosenversicherung soll eine Gesamtersparnis von 520 Millionen Mark durch Senkung der Unterstützung erreicht werden. Die Arbeitslosenunterstützung soll durchschnittlich um 23 Prozent gesenkt werden. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung soll, statt bisher nach 20 Wochen, künftig schon nach 6 Wochen stattfinden.

In der Krisenunterstützung sollen die Unterstützungsleistungen durchschnittlich um 10 Prozent gesenkt und eine unbeschränkte Bedürftigkeitsprüfung eingeführt werden.

Die Wohlfahrtserwerbslosenunterstützung soll um 15 Prozent gesenkt werden.

In Verbindung mit dieser gewaltigen Drosselung der Existenzbedingungen von vielen Millionen Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnern erfolgt in der zweiten Notverordnung unter dem Motto **„Sicherung von Ruhe und Ordnung"**

die Aufhebung des SA- und SS-Verbots.

Die Legalisierung der braunen Mordkolonnen erfolgt zur außerparlamentarischen Unterstützung der Notverordnungs-Hungerkurse, den die Regierung jetzt gegen das arbeitende Volk durchführen will. Mit **Streikbruch, Ueberfällen und Strafexpeditionen** hofft der Hakenkreuzfaschismus, der die neuen Abbau- und Steuermaßnahmen des Diktaturkabinetts Papen-Schleicher **voll und ganz unterstützt,** die Arbeiterklasse niederhalten zu können. Zum Lohn dafür soll die SA und SS als faschistische Hilfspolizei in den Machtapparat des Staates eingegliedert werden. Anderseits soll durch eine Kontrolle aller sogenannten militärischen Organisationen durch das Reichsinnenministerium die **Vorbereitung des Verbotes proletarischer Organisationen** weiter betrieben werden. Ebenso sind bestimmte Maßnahmen zur Erpressung der arbeitenden Jugend in die **faschistische Arbeitsdienstpflicht** vorgesehen.

Alle diese Maßnahmen kennzeichnen den Weg, den die Regierung in erbarmungsloser Weise gegen das werktätige Volk im Interesse und zur Erhaltung des bankrotten kapitalistischen Systems einschlägt. Zur unermeßlichen gesteigerten Not und drohenden faschistische Unterdrückung sollen die arbeitenden Massen hinnehmen und dort, wo sich der Kampfwille vom Proletariat regt, steht die SA bereit, um durch Streikbruch und Mordüberfälle die Kämpfenden niederzuschlagen. Aber nicht nur unter Hilfe der SA-Banditen Hitlers rechnet die Regierung der Großagrarier, Trustherren und Generale. Auch die **SPD- und Gewerkschaftsführer** sind nach wie vor der starke Faktor, auf den die deutsche Bourgeoisie bei der Durchführung ihrer Raub- und Unterdrückungsfeldzüge rechnen kann. Mit neuen Betrugs- **und Ablenkungsmanövern** versuchen die Tolerierungs- und „Kleine-Uebel"-Politiker die Arbeitermassen irrezuführen und von dem Kampf zur Erhaltung ihrer Existenz **abzuhalten.**

Hier muß die Arbeiterschaft in den Betrieben und an den Stempelstellen der Regierung, ihren nationalsozialistischen Trabanten und den sozialdemokratischen Betrugspolitikern einen dicken Strich durch ihre Notverordnungsrechnung machen. Nur **Einheitsfront aller Arbeiter in der Antifaschistischen Aktion, das ist die unüberwindliche Kraft der Arbeiterklasse,** an der alle **Hunger- und Unterdrückungsmaßnahmen, alle faschistischen Mordpläne und alle Betrugsmanöver der sozialdemokratischen Führer scheitern werden.**

Diese unüberwindliche Kraft zum Kampf, zum politischen Massenstreik und zur Massenaktion aller Betriebsarbeiter und Erwerbslosen ohne Parteiunterschied zu schmieden, dazu rufen wir auf.

Protestaktion Radebeuler Wohlfahrtsempfänger

Gegen Abbau der Hungerunterstützung

Der Bürgermeister schickt Polizei statt Brot

Am Sonnabend, dem 11. Juni, wurde den Radebeuler Erwerbslosen wieder die gekürzte Wohlfahrtsunterstützung in die Hände gedrückt. Darüber entstand unter den Erwerbslosen eine begreifliche Empörung. Mehr als 200 Erwerbslose zogen von der Auszahlungsstelle nach dem Rathaus. Aus dem gewählten Erwerbslosenausschuß wurden vier Mitglieder bestimmt, die mit dem Bürgermeister Knauthe verhandelten.

Die Wohlfahrtsempfänger forderten, daß noch an selbem Tage ein Ausgleich der Kürzungen erfolgen solle und in Zukunft keinerlei Kürzungen an den Hungerunterstützungen mehr vorgenommen werden dürfen.

Der Bürgermeister Knauthe verhandelte nur mit zwei Vertretern, und zwar in Gegenwart des Polizeidezernenten Naumann und eines Beamten vom Wohlfahrtsamt.

Die Delegation machte vor der Verhandlung folgende Feststellungen:

Ein starkes Polizeiaufgebot sicherte das Rathaus von innen und versperrte die Eingänge. Eine gewisse Aufregung und Nervosität war bei dem Polizeidezernenten festzustellen.

Die Verhandlungen mit dem Bürgermeister verliefen ergebnislos, indem dieser sich hinter die bestehenden Gesetze verschanzte. Die Delegation erstattete den vor dem Rathaus versammelten Erwerbslosen Bericht, der von Mißfallensäußerungen vielfach unterbrochen wurde.

Während der Berichterstattung fuhr plötzlich ein von der Radebeuler Polizei angefordertes Dresdner Ueberfallkommando vor. Dem energischen und besonnenen Eingreifen des Erwerbslosenausschusses ist es zu verdanken, daß ein Beartreiben der Erwerbslosen mit Polizeiknüppeln verhindert wurde, indem der Ausschuß verlangte, daß die Polizei sofort zurückzuziehen ist. Auch dem entschlossenen Auftreten der Radebeuler Erwerbslosen beim Erscheinen des Polizeiwagens ist es zuzuschreiben, daß keine Gummiknüppelattacke einsetzte. Die Erwerbslosen wichen nicht einen Millimeter vor der Polizei zurück.

Die Radebeuler Erwerbslosen protestieren in ihrer Mehrheit auch gegen die am 10. Juni in Kötzschenbroda vorgekommenen polizeilichen Terrorakte.

Pflichtarbeiter im Streik

Die Pflichtarbeiter von Bischofswerda sind gestern in den Streik getreten. Sie fordern von der Stadtverwaltung: 1. Abschaffung der Pflichtarbeit; 2. Bezahlung der ausgeführten Arbeiten nach dem Tariflohn der Tiefbauarbeiter und 3. Rückgängigmachung des Unterstützungsabbaues bei den jetzigen Pflichtarbeitern. Die Pflichtarbeiter sind entschlossen, bis zum Sieg ihrer Forderungen zu kämpfen.

Kriegsopfer gegen Notverordnung

Berlin, 14. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Der Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit hat sich mit einem geharnischten Protest an die Reichsregierung gewandt, der vom Bund vorgeworfen wird, daß sie durch die neuen Notverordnungen an der Kriegsopferversorgung abermals 30 Millionen einsparen will, nachdem die Versorgung seit 1929 bereits um 260 Millionen verringert wurde. Der Internationale Bund fordert von der Reichsregierung, daß Schluß gemacht wird mit der Sozialreaktion und daß alle bisher ergangenen Notverordnungen, die die Lage der werktätigen Bevölkerung und insbesondere die der Opfer des Krieges und der Arbeit verschlechtern, mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden.

Achtung, Antifaschistische Aktion!

Mittwoch, 15. Juni, 18 Uhr, im Keglerheim, Dresden-Friedrichstadt, Friedrichstraße

Konferenz der Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft und ihrer Organisationen

Auf dieser Konferenz, zu der Vertreter der Kommunistischen Reichs- und Landtagsfraktion sowie Kommunalvertreter der KPD erscheinen, soll über die Bedeutung und Durchführung der Antifaschistischen Aktion und die Forderungen der arbeitenden Schichten an den Reichstag, Landtag und die Kommunalparlamente gesprochen und beraten werden

Referenten: Genossin Olga Körner, MdR, Genosse Rudolf Renner, MdL

In engster Verbindung mit der gesamten arbeitenden Bevölkerung wollen die Parlamentsvertreter der KPD den Kampf um die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse, den Kampf gegen die Bourgeoisie und den Faschismus führen

Vertreter der Betriebe, Gewerkschaften und aller Organisationen, Betriebsräte, Beamte, Angestellte, Kleingewerbetreibende, Freidenker und Sportler, erscheint deshalb zahlreich zu dieser außerordentlich wichtigen Konferenz!

SLUB
Wir führen Wissen.